

Fred's weihnachtliche Seelendämpfe, der Pranger 2006

Der ÖGB darf nicht in Konkurs gehen, sagten im Jahre 2006 Opposition und Regierung.

Aber wir Steuerzahler dürfen zahlen. Frechheit siegt.

Es wurde gesetzlich festgelegt, daß der ÖGB nicht in Konkurs gehen muß, ehe die Haftung der Republik über 600 Millionen Euro zur Rettung der gewerkschaftseigenen BAWAG schlagend wird. Da wird der einfache Bürger vielleicht doch bescheiden fragen dürfen: „Warum eigentlich nicht?“

Warum muß Steuergeld angegriffen werden, ehe die feinen Herren aus der Gewerkschaft, die sich in der Rolle als Eigentümervertreter einer Bank gefielen, die Suppe, die sie sich selbst, ihren Mitgliedern und den Kunden der Bawag eingebrockt haben, bis zum bitteren Ende ausgelöffelt haben?

Das wird die vielen kleinen Unternehmer freuen, die - ganz ohne kriminell karibischen Nebengeräusche - nach einer Pleite bis aufs Existenzminimum gepfändet werden.

Der ÖGB erlaubte als Eigentümer der hauseigenen Bank, Millionen zu verschleudern, aber er erlaubte es auch, daß Familienmitglieder der Herrn Direktoren, Freunde und Geschäftspartner der Bankmanager zu Friedenszinsmieten in besten Lagen Traumimmobilien mieten konnten. Und die feinen Herren dürfen am Ende, obwohl die Bank arg gerupft wurde, auch noch darauf vertrauen, daß sie ihr Vermögen behalten, sie müssen keineswegs diese Millionenabgänge die auch durch Mitarbeiterprivilegien, verfettete Strukturen produziert wurden, aus ihrer Privatschatulle abdecken.

Wie läßt sich das erklären?

Nun, es läßt sich so erklären, es stand ein Wahlkampf bevor und da läßt sich so ziemlich alles erklären, was sich auf der politischen Bühne abspielt. Es war schlicht und einfach wahltaktisch für beide großen Parteien opportun, den ÖGB aus seiner Verantwortung für den Jahrhundertskandal zu entlassen, den seine Funktionäre während der vergangenen Jahrzehnte produziert haben.

Die SPÖ muß darum besorgt sein, den ÖGB als Mobilisierungsfaktor finanziell einigermaßen über Wasser zu halten. Und Schüssel's Regierung wollte sich den Vorwurf ersparen, man hätte in eiskalter Kapitalistenmanier die Chance genutzt, der lästigen Arbeitnehmerorganisation den Todesstoß zu versetzen, um der großflächigen Ausbeutung der Werktätigen Tür und Tor zu öffnen.

Anders gesagt, man läßt wieder einmal, in guter alter Tradition, den Steuerzahler den Preis für die Friedhofsruhe auf dem politischen Feld der Ehre zahlen.

Die Dreistigkeit, mit der vor allem die Sozialdemokratie sich dafür ausspricht, den ÖGB aus seiner Verantwortung für das Bawag - Debakel zu entlassen, nötigt dem an Zynismus gewöhnten Beobachter allerdings fast schon wieder Respekt ab. Die Regierung wolle den ÖGB in den Konkurs treiben, jammerte SPÖ-Finanzsprecher Matznetter, der sich sonst gern als neuer Lieblingsonkel der Klein- und Mittelbetriebe abfeiern läßt. Wie bitte?

Vielleicht sollte man doch zwischendurch einmal festhalten, daß ohne die Regierungsgarantie sowohl Bawag als auch ÖGB auf der Stelle pleite gewesen wären.

Nun besteht kein Zweifel daran, daß die Rettung der Bawag mit Rücksicht auf den Finanzplatz Wien ein gewisses nationales Interesse darstellt. Aber der ÖGB? Das Risiko, daß ein Gewerkschaftskonkurs die Attraktivität Österreichs als Finanzplatz beeinträchtigen würde, erscheint nun doch einigermaßen beherrschbar.

Unstrittig ist, daß eine vitale Volkswirtschaft Interesse an einer vitalen Arbeitnehmervertretung haben muß. Letzteres ist nun aber durch die Absicherung gegen einen Konkurs eben nicht garantiert, im Gegenteil, erst die wirtschaftsgerichtliche Bestätigung des Scheiterns würde den ÖGB dazu zwingen, sich neu zu gründen. Erst wenn die letzte Badehütte am Wörthersee in der Konkursmasse des ÖGB verschwunden ist, werden die Gewerkschafter endlich begreifen, daß sie ihre Strukturen der Mitgliederzahl und den daraus erwachsenden Finanzmitteln anpassen müssen. So lange sie sich darauf verlassen können, daß ihnen immer noch genug bleiben wird, um innerhalb der bestehenden Steinzeit-Strukturen bilanzieren zu können, werden sie nicht im Traum daran denken, den längst nötigen Mitarbeiter- und Privilegienabbau in Angriff zu nehmen.

Es bleibt eines der Geheimnisse dieser Republik, warum eine Regierung, die sich selbst gerne das Image einer toughen, wirtschaftsorientierten Machertruppe verpaßt, im Zweifelsfall vor den pragmatisierten Sitzriesen der Republik immer wieder in die Knie geht. Das war beim Eisenbahnerstreik des Jahres 2003 nicht anders.

Es sieht aus, als müßte man die Sozialpartnerschaft in Sozialpatenschaft umbenennen.

Danke liebe Regierung, das war sehr lieb, ich liebe Euch Politiker, wirklich und vom ganzen Herzen und allen die es noch hören können,

**wünsche ich frohe Weihnachten und ein in
jeder Hinsicht schmerzfreies neues Jahr
2007**